

Alte und junge Wiesbadener gegen Sozialkürzungen

Demonstration unter dem Motto „Finger weg vom Sozialetat“ zeigt sich bunt und laut kurz vor der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2024/25

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Matilde, Valerija und Neydshan, alle zwischen 17 und 19 Jahre alt, würden ihr „zweites Zuhause verlieren“, sagen sie. Dann, wenn das Jugendzentrum in der Reduit in Kastel geschlossen würde. Neydshan, die Älteste der drei, geht dorthin „seit der vierten Klasse“. Sie machen Hausaufgaben in der Reduit, „wir kochen und treffen unsere Freundinnen dort, wir lernen un-



Wir würden unser zweites Zuhause verlieren.

Matilde, Valerija und Neydshan, Besucherinnen des Jugendzentrums in der Kasteler Reduit

glücklich viel, und wir waren auch mit dem Jugendzentrum in Kroatien und Spanien.“ Kurz: Es bestimmt ihr Leben.

So geht es vielen, die am Donnerstagnachmittag auf dem Dernschen Gelände protestieren – kurz vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, auf deren Tagesordnung auch der Kämmererentwurf für den nächsten Doppelhaushalt 2024/25 steht. Schon seit Frühjahr, als aus der Kämmererei Sparvorgaben an die einzelnen Dezernate in der Stadtverwaltung gemacht wurden, fürchtet man für den So-

zialetat besonders harte Einschränkungen. Weil die Sozialverwaltung über 80 Prozent ihrer Ausgaben überhaupt nicht selbst entscheiden kann, sondern dies Pflichtaufgaben sind.

Gießkannen-Kürzungen „ungerecht“

Laut Polizei sind etwa 600 Protestierende gekommen, die Veranstalter schätzen die Zahl auf 1000. Sascha Schmidt vom DGB und Nicole Nestler vom Arbeitskreis gegen Kinderarmut moderieren das Programm, das die Vielfalt sozialer Angebote in Wiesbaden aufzeigt und auch darlegt, was wäre, wenn es diese nicht mehr gäbe. „Der Sozialetat ist das Herz der Stadtgesellschaft“, ruft Heike Lange vom Paritätischen von der Bühne runter ins Publikum, zu dem auch OB Gert-Uwe Mende und Sozialdezernentin Patricia Becher (beide SPD) gehören und auch Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Obermayr (CDU) oder Ingo von Seemen (Linke).

Es wird noch viele Diskussionen geben, wer wie viel abgeben muss, aber denjenigen, die zum Dernschen Gelände gekommen sind, ist eines wichtig: „Mit der Gießkanne zu kürzen, ist ungerecht.“ Gegeneinander ausspielen lassen will man sich nicht. Das wird klar, als Kultur- und Sozialinitiativen zusammen am Rathaus



Vor der Stadtverordnetenversammlung protestierten viele Wiesbadener gegen Kürzungen im Sozialetat.

Foto: Jörg Halisch

stehen. „Nosa Rap“, vier Jungs zwischen 14 und 15, bringen das mit ihrem Rap ziemlich laut zum Ausdruck. Ein bisschen sind sie die Stars der Kundgebung und genießen es sichtlich, dass sie um Autogramme gebeten werden.

Alles, was in Wiesbaden an sozialen Einrichtungen Rang und Namen hat, ist gekommen zum Dernschen Gelände. Die „KiEZe“ sind sehr gut vertreten. Zehn Kinder-Eltern-Zentren gibt es. Sie fürchten um bis zu 50 Prozent Kürzungen. Auf den Protestplakaten ist dann

auch zu lesen: Wir brauchen 100 Prozent KiEZ Schelmengraben. Das KBS Sauerland zeigt, was es alles anbietet für alle Altersgruppen in der Siedlung. Mitarbeiter und Besucher des Biebricher Nachbarschaftshauses protestieren ebenso wie Stammgäste von „Leben

aktiv bereichern“. 60.000 Wiesbadener sind 65 Jahre oder älter. 35 Prozent von ihnen leben allein in ihrer Wohnung. „Noch leben wir gut in Wiesbaden“, ruft Bärbel Clemens, Vorsitzende des Netzwerk 55 plus von der Bühne. Würden aber Angebote der of-

fenen Altenarbeit gekappt, drohten viele Menschen zu vereinsamen. „Davor haben wir Angst.“ Ebenso vor gesundheitlichen Problemen, wenn es manche Präventionsangebote nicht mehr geben werde.

Sorge um steigende Beiträge für die Kinderbetreuung

Der Städtelternbeirat der städtischen Kitas und der Städtelternbeirat der Schulen sind auf der Bühne vertreten, beide geben ihrer Sorge um massiv steigende Beiträge für die Kinderbetreuung Ausdruck. Manche Protestteilnehmerin auch. „Hort oder Herd?“ steht auf einem Plakat. Wie berichtet, war von massiv steigenden Betreuungskosten für Horte bis zu mehr als 700 Euro die Rede auf der „Liste des Grauens“. So nennen die möglicherweise Betroffenen die im Frühjahr bekannt gewordenen Kürzungsvorschläge im Sozialetat.

Mit schrillen Trillerpfeifen und bunten Plakaten ziehen die Protestierenden gegen halb fünf langsam vom Dernschen Gelände weg, während sich im Rathaus die Stadtverordneten treffen. Verhandelt wird in den nächsten Wochen viel. Protestiert wohl auch.

So soll es von Montag, 17 Uhr, an täglich eine Mahnwache von „Kultur im Park“ auf der Rathaustrampe geben.